

Asientag 2018



6. Asientag: „Asia First“ - Populismus • Autoritarismus • Zivilgesellschaft

Der mittlerweile sechste Asientag, ausgerichtet von der Stiftung Asienhaus, dem philippinenbüro und der Südostasien Informationsstelle, fand am 21. April 2018 in der Alten Feuerwache in Köln statt. Mit über 150 Teilnehmenden war die Tagesveranstaltung sehr gut besucht.

In der Begrüßung führte Monika Schlicher, Geschäftsführerin der Stiftung Asienhaus, in das Thema ein. Weltweit gerät demokratisches Regieren in die Defensive, Autoritarismus und Populismus sind auf dem Vormarsch, auch in Asien. Beunruhigend ist, dass nur noch ein Bruchteil der Länder weltweit über eine freiheitliche Zivilgesellschaft verfügt. Diskriminierungen, Repressionen, Gewalt und Zensur sowie Straflosigkeit für Täter*innen nimmt zu.

Für die Diskussionen am Asientag wäre es besonders wichtig die verschiedenen Aspekte von Populismus und Autoritarismus aus verschiedenen Perspektiven, v.a. mit Gästen aus den betroffenen Ländern, näher zu analysieren und diskutieren. Darüber hinaus sollten in den Diskussionen Handlungsmöglichkeiten für zivilgesellschaftliche Akteure in den Blick genommen werden.

Eingangspodium

Drei Impulsreferate führten zum Thema des 6. Asientages ein.

Zur Funktionalität von Populismus

Katharina Stahlenbrecher (intagt) verknüpfte eine Definition von Populismus mit der in der Mediation üblichen Frage nach dem Motiv: "Was habe ich davon, meinen Standpunkt auf diese Art zu vertreten?". So versuchte sie Ansätze zu finden, wie ein sinnvoller Dialog mit Populist*innen geführt werden kann. Sie konfrontiert Elemente des Populismus: 1. Kritik an Eliten, 2. Antipluralismus und 3. Alleinvertretungsanspruch mit der Fragen: Was haben Menschen davon, "die Eliten" zu konstruieren und zu kritisieren? Was haben sie davon, Antipluralistisch zu argumentieren? Was haben sie von einem Alleinvertretungsanspruch? Antworten darauf, stellte sie fest, können zunächst nur Hypothesen sein. Unüberprüfte Hypothesen jedoch können Konflikte verschärfen. In der Mediation beantworten die Konfliktparteien die Fragen nach ihrem Motiv konkret, und erweitern so ihr Lösungsspektrum. Das gleiche gälte für die Diskussion, den Umgang mit Populisten.

Islamistischer Populismus und politischer Opportunismus: Neue Trends zur politischen Mobilisierung in Indonesien

Der politische Islam verlange auf lange Sicht die Gründung eines islamischen Staates, konnte sich politisch in Indonesien aber nicht durchsetzen, stellte Hendra Pasuhuk (Deutsche Welle) dar. Nach der „Refomasi“ (Suharto's Rücktritt im Mai 1998) formierte sich der politische Islam neu und gewann immer mehr an Einfluss. Trotzdem konnte dieser die Wahlen nicht gewinnen und verlor sogar Stimmen der Wählenden. Danach gab es eine Neuorientierung des politischen Islam: Außerparlamentarische Bewegungen mit großer politischer Mobilisierung. Damit könne der politische Islam mehr Druck auf politische Parteien und die Regierung ausüben als durch die Teilnahme an allgemeinen Wahlen.

Laut Pasuhuk wenden sich politischer Islam und islamistische Aktivist*innen mehr und mehr der politischen Mobilisierung außerhalb des Parlaments zu. Medienauftritte, Internet und soziale Medien werden als Mittel der Mobilisierung genutzt. Da die (säkulären) politischen Parteien keine starke ideologische Grundlage haben, verhalten sie sich fast immer pragmatisch und opportunistisch. Viele Politiker*innen verbinden sich mit dem politischen Islam und deren Aktivist*innen, in der Hoffnung auf größere politische Mobilisierung. Da es bisher in Indonesien sehr wenig bis gar keinen „linken Diskurs“ gibt, wird die Politik immer konservativer und „kapitalfreundlicher“, mit deutlichem Bezug zum indonesischen Nationalismus.

Möglichkeiten und Grenzen NGOs zu fördern, in Zeiten von shrinking spaces in Kambodscha

Einschränkung von Pressefreiheit, Inhaftierung von Regimekritikern und Umweltaktivisten, Kontrolle der Nichtregierungsorganisationen – die politische Situation in Kambodscha hat sich in den letzten

Monaten deutlich verschlechtert, berichtete Ali Al-Nasani (Heinrich Böll Stiftung). Statt rechtsstaatliche Herrschaft des Gesetzes (*rule of law*) wird eine Herrschaft durch Gesetze (*rule by law*) gesichert, indem antidemokratische Gesetze erlassen werden, die von der politisch gelenkten Justiz bereitwillig umgesetzt werden.

Besonders gefährlich ist der Gummiparagraf, dass niemand gegen die Sicherheit des Landes und seiner Werte verstoßen und Freiheit nicht missbraucht werden darf. In ähnlicher Form findet sich ein solcher Paragraf in allen Ländern, in denen die Handlungsmöglichkeiten für Opposition und Zivilgesellschaft drastisch eingeschränkt werden. Was genau mit Sicherheit, Werten oder Freiheitsmissbrauch gemeint ist, bleibt bewusst vage und kann im Zweifelsfall gegen alle kritischen Stimmen vorgebracht werden. Zur Instrumentalisierung des Rechts passt auch, dass gerade Kambodscha eine Vielzahl von internationalen Menschenrechtsverträgen unterschrieben hat, diese allerdings nicht umsetzt. So zeigt man der internationalen Gemeinschaft, dass man Menschenrechte für wichtig hält, während man nach innen diese der eigenen Bevölkerung verweigert.

Zusammenfassungen aus den Workshops

Thailand in der Diktatur: Von Machthaber*innen, Mitläufer*innen und Protestler*innen

Praphakorn Wongratanawin (Stiftung Asienhaus), Nick Nostitz (freier Fotojournalist und Autor) sowie Nicola Glass (freie Journalistin und frühere Südostasien-Korrespondentin) diskutierten wie die Junta, die sich im Mai 2014 an die Macht geputscht hatte, das Land unterdrückt. Unter anderem wurde über das Versammlungsverbot und das harsche „Gesetz gegen Majestätsbeleidigung“ gesprochen, das einem Beschuldigten pro Anklagepunkt bis zu 15 Jahre Haft einbringen kann. Angemerkt wurde, dass Massendemonstrationen gegen das Regime bislang ausgeblieben seien und es stattdessen kleine, teils emotionale Proteste gebe. Um die Bewegung der „Rothemden“, die in weiten Teilen – wenn auch nicht alle – Anhänger*innen der Ex-Premierminister Thaksin und Yingluck Shinawatra sind, ist es seit dem Putsch vergleichsweise still geworden. Die Gründe dafür sind wohl in erster Linie strategischer Art; so wirkt das Trauma der Niederschlagung der „roten“ Proteste durch die Armee 2010 bis heute nach.



Während die Junta ursprünglich zugesicherte Wahltermine immer wieder hinaus zögert, haben sich neue Parteien gegründet. Diese schreiben sich unter anderem demokratische Prinzipien, Gerechtigkeit und nationale Versöhnung auf die Fahnen. Ob und in welchem Umfang sie damit beim Wahlvolk punkten können, wird sich erst entscheiden, wenn der von den Militärs versprochene Urnengang tatsächlich stattfindet. Von Demokratie wird Thailand dennoch weit entfernt bleiben. Denn die neue Verfassung ist darauf angelegt, die Herrschaft des Militärs dauerhaft zu festigen.

Transnationale Solidaritätsarbeit: Gewerkschaftsbewegungen und Proteste gegen Rohstoffausbeutung

In dem Workshop wurde über Möglichkeiten des Protests und Widerstands in Kambodscha und Indonesien diskutiert. Benedikt Frank gab einen Überblick über die zunehmend schwierige Situation der Gewerkschaften und Arbeiter*innen in Kambodscha. Danach berichtete der indonesische Aktivist Mokh Sobirin über ein Zementvorhaben des deutschen Unternehmens HeidelbergCement in Java, welches das lokale Ökosystem und die Lebensgrundlage der Bevölkerung im Kendeng-Gebirge bedroht. In der Präsentation und einem Kurzfilm wurde der Widerstand und die damit verbundenen Aktionen der ansässigen Bevölkerung gezeigt.

In der Diskussion ging Frank auf die Repressionen gegenüber gewerkschaftlicher Arbeit in Kambodscha ein, insbesondere auf das 2016 eingeführte Trade Union Law. Solidarität und Engagement sei vor Ort gefährlicher geworden. Die Kendeng-Kampagne erfuhr durch die Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Akteuren in Deutschland letztes Jahr Bekanntheit, auch in der deutschen Presse. Für beide Länder wurde die Rolle der Medien für die lokale und internationale Kampagnen- und Informationsarbeit, aber auch für die Debatte und deren Beeinflussung im nationalen Kontext, betont. Generell müssten sichere und stabilere Strukturen geschaffen werden, damit transnationale Solidarität verbessert werden kann.

CLEAN INDIA: Perpetuum Mobile in Sachen Rassismus

Bis heute entsorgen Dalits menschliche Exkremente und reinigen Abwasserkanäle mit ihren bloßen Händen (manual scavenging). Dies ist zwar seit 1993 in Indien gesetzlich verboten, und seit 2013 gibt es den Prohibition of Employment as Manual Scavengers and their Rehabilitation Act. Gleichwohl gibt es selbst nach offiziellen Angaben rund 340.000 Dalits, die dieser Arbeit nachgehen müssen. Die Dunkelziffer wird auf 1,3 Millionen geschätzt.



Die Veranstaltung ging also der Frage nach, warum so offensichtlich unwürdige Arbeitsverhältnisse wie das Latrinenreinigen überhaupt fortbestehen. Den Ausführungen von Bezwada Wilson war schnell zu entnehmen, dass die Entwürdigung nicht allein auf das Arbeiten beschränkt ist, sondern Dalits in ihrer gesamten Lebensweise beständig mit Erniedrigung und Entrechtung zu kämpfen haben. Michael Gottlob (AI) verdeutlichte an Beispielen, wie tief die indische Gesellschaft sozial und kulturell gespalten ist, und wie die aktuelle indische Regierung diese Risse vergrößert. Der Workshop schloss mit der Frage, wie Unterstützung für Engagierte in Indien aus dem Ausland möglich wäre. Das Interesse daran ist in Ländern wie Deutschland eher gering, mehr wäre wünschenswert.

Soziale Gerechtigkeit oder Machtkonsolidierung? Föderalismus in Myanmar und den Philippinen

Beim Workshop „Soziale Gerechtigkeit oder Machtkonsolidierung“ diskutierten über 30 TN über Föderalismus in Myanmar und in den Philippinen. Die beiden Referent*innen Christina Grein (Burma-Initiative der Stiftung Asienhaus) und Kaloy Manlupig (Balay Mindanaw Foundation) führten jeweils mit einem kurzen Input zu gegenwärtigen Entwicklungen, Föderalismusdebatten und den Herausforderungen in Myanmar bzw. den Philippinen ein. Im Anschluss wurden in Gruppenarbeit die Bedingungen zur Stärkung eines sozial-gerechten föderalen Systems diskutiert und erarbeitet.



In der Myanmar-Gruppe kreiste die Diskussion vor allem um die Rolle des Militärs und der Regierung sowie die Verknüpfung grundsätzlicher Bedingungen von Föderalismus mit dem lokalen Kontext. Die Philippinen-Gruppe hingegen setzte sich mit expliziten Bedingungen auseinander und schöpfte dabei an lokalen sowie der regionalen Perspektive. Darüber hinaus wurde insbesondere die Agenda der Regierung in den Vordergrund gerückt. Trotz der unterschiedlichen Kontexte

der Länder fehlt es in beiden sowohl an einer offenen Debatte als auch an aktiver Partizipation der Zivilbevölkerung. Beide Punkte wurden von den Arbeitsgruppen als entscheidende Grundvoraussetzungen für einen funktionierenden Föderalismus betont.

Kambodscha – Quo Vadis?

In dem Workshop wurde das aktuelle Buch „Kambodscha. Ein politisches Handbuch“ vorgestellt. Jutta Werdes (BfdW) knüpfte einführend an das Eingangspodium zu shrinking spaces in Kambodscha an. Ali Al-Nasani (HBS) fasste die Inhalte der Artikel von Timothy Williams zu den Khmer Rouge und von Susanne Lenz zur Textilindustrie zusammen. Die Autorin Michaela Douth gab umfassende Einblicke in die Situation von Textilarbeiter*innen. Der Artikel „Bon Nuit, Papa“ von Marina Kem erläuterte eindrücklich das Entstehen des gleichnamigen Filmes über das Leben ihres Vaters. Sie berichtete auf Nachfrage über die gemeinsamen Erfahrungen der kambodschanischen „Exilcommunity“ in den USA, BRD und Frankreich. Jutta Werdes schloss mit ausgewählten Textauszüge zu Korruption und Straflosigkeit in Kambodscha ab.



In der Diskussion wurde die Rolle der Nachbarländer Vietnam und Thailand und die politische Annäherung Kambodschas zu diesen diskutiert. Die Frage, wie Kambodscha sich nach den Wahlen weiterentwickeln sollte, blieb offen; entweder bliebe der status quo, es öffnen sich neue, kleine, Räume für die Zivilgesellschaft durch eine sich sicher führende Regierung oder es käme zu weiteren

Repressionen und Einschränkungen. Die Referent*innen teilten die Erfahrung aus Gesprächen, dass die Angst innerhalb der Bevölkerung und Zivilgesellschaft zugenommen habe und die Menschen mittlerweile vermehrt ihre politische Meinung nicht mehr offen äußern. Widerstand nach der Wahl sei eher unwahrscheinlich. Sicher aber sei, dass die Solidarität zu Kambodscha von Deutschland aus gestärkt werden müsse.

GSP+: Zollpräferenzabkommen der EU e. g. Philippinen, Sri Lanka

Mit dem Generalised Scheme of Preferences (GSP+) verfügt die EU über ein Instrument mit dem Handelspräferenzen für ärmere Länder an die Einhaltung menschenrechtlicher Standards gebunden werden können.

Davon profitieren auch Länder in Asien wie Sri Lanka und die Philippinen. Im Workshop wurde kontrovers diskutiert, ob der GSP+ Mechanismus ein geeignetes Mittel für die europäische Menschenrechtspolitik darstellt und welche Verbesserung notwendig sind. Dabei wurde herausgearbeitet, dass die eigentliche Stärke des Instruments, die Kopplung der Wirtschaftsaußenpolitik an Menschenrechte, auch eine konkrete Schwäche in der tatsächlichen Implementierung und Umsetzung bedeutet.



Denn die EU nutzt GSP+ zur Ausweitung ihrer Handelsbeziehungen und ist dementsprechend oft nicht gewillt, die Konsequenzen aus massiven Menschenrechtsverletzungen in Partnerländern zu ziehen, die der Mechanismus eigentlich vorsieht. So ist am Beispiel der Philippinen zu sehen, dass die EU trotz der aktuell katastrophalen Menschenrechtslage eine Suspendierung des GSP+-Status des Landes tunlichst vermeiden will. Positiv herausgestellt wurde aber die Tatsache, dass der Mechanismus von der Zivilgesellschaft genutzt werden kann, um die Menschenrechtssituation in Ländern wie Sri Lanka und den Philippinen auf die europäische Agenda zu bringen, die dort sonst kaum Aufmerksamkeit erhält.

China in the lead – Triumphzug einer Zivilgesellschaft »mit chinesischen Besonderheiten«?

Im Zentrum des Chinapanel stand die Frage nach einer spezifisch von China aus gesteuerten Globalisierung, die auch den Begriff Zivilgesellschaft neu formuliert. Das neue Gesetz zur Regulierung der Tätigkeiten ausländischer NGOs in China trat im Januar 2017 in Kraft. Ziel war es, die politische und historische Einbettung dieses Gesetzes näher kennenzulernen, die Auswirkungen dieses Gesetzes auf chinesische und ausländische zivilgesellschaftliche Organisationen zu erfassen und die dahinterstehenden Konzepte von Sicherheit, Globalisierung und Außenpolitik besser zu verstehen.

In der ersten Paneldiskussionsrunde wurde dieses Gesetz sowohl aus der Binnenperspektive Chinas (Anna Caspari, Ruhr Uni Bochum) als auch aus Perspektive des Auslands (Bertram Lang, Merics Fellow) vorgestellt. Anna Caspari ordnete das Gesetz in die anderen neuen Gesetze, die unter Xi Jinpings erster Amtsperiode erlassen wurden, ein: so das Charity-Law und das neue nationale

Sicherheitsgesetz. Es wurde deutlich, dass die Neuordnung der Zuständigkeit für ausländische NGOs vom Ministerium für zivile Angelegenheiten hin zum Ministerium für nationale Sicherheit eine deutliche Unterscheidung zwischen in- und ausländischen NGOs unternimmt und dadurch schon per se die "Zivilgesellschaft mit chinesischen Besonderheiten" definiert. Bertram Lang stellte heraus, dass das Gesetz in den unterschiedlichen europäischen Ländern sehr unterschiedliche Auswirkungen hatte. So gäbe es wohl am meisten Konfliktstoff mit NGOs aus Deutschland. NGOs aus osteuropäischen Ländern hätten viel weniger Probleme, weil keine einzige bisher registriert sei. Die Beziehungen würden hier eher informeller Natur sein. Im zweiten Diskussionsteil berichteten Renée Rentke (Misereor) und Li Lina (adelphi) aus der deutschen bzw. chinesischen NGO Perspektive zu den Entwicklungen. So wurde klar, dass das Gesetz nicht nur Probleme verursacht, sondern klarere und stärker vereinheitlichte sowie transparentere Arbeitsabläufe schaffe. Es ist zudem abzusehen, dass die chinesische Zivilgesellschaft weitaus unabhängiger von ausländischen Fördermitteln werden könnte und dadurch selbst global aktiver.

Gender Trouble in Asien: Sexismus, Anti-Feminismus, Homophobie



Timo Duile (Universität Bonn) berichtete über die gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen in Indonesien in Bezug auf Akzeptanz und Diskriminierung von LGBTs. In Indonesien sind konservative religiöse Werte in den letzten Jahren immer wichtiger geworden. 2016 fand eine von Politikern und Geistlichen initiierte Hetzkampagne gegen LGBTs statt, obwohl viele Kulturen Indonesiens traditionell auch geschlechtliche Identitäten jenseits von Mann und Frau anerkennen und

Homosexualität bisher nicht strafbar war. Allerdings gibt es nun verstärkt Bemühungen von konservativen Gruppen, auch gesetzliche Grundlagen zu schaffen, um gegen Homosexuelle vorzugehen.

Seitdem Duterte sein Amt antrat ist Gewalt in den Philippinen weitverbreitet, berichtete Marilou Hardillo (Babaylan). Es beginne mit den sozialen Medien. Wenn man den Präsidenten kritisiert, wird man flugs schärfsten Online-Attacken ausgesetzt – das reiche von Flüchen bis hin zu Hackerangriffen und tatsächlichen Drohungen, vergewaltigt und getötet zu werden. Dies ist möglich, ja sogar trendy geworden, weil es Regierungsbeamte gibt, die sich öffentlich über Frauen lustig machen und dafür noch Zustimmung und Lacher bekommen, als handele es sich hier um eine eigene, sonderbare Form der Unterhaltungsindustrie. Ein unbedingtes „NEIN!“ zur Rückkehr von Despotie und Tyrannei ist das Gebot der Stunde der zivilgesellschaftlichen Kräfte im Lande.

In Timor-Leste, so Monika Schlicher (Stiftung Asienhaus), kämpfen LGBTIs gegen Stigmatisierung und Ausgrenzung. Sie erfahren ein erschreckendes Maß an Gewalt: in Familien, im Alltag und auf der Arbeit, sowie im gesellschaftlichen Leben. Rund 500 Menschen nahmen Ende Juni 2017 an der ersten LGBTI Pride Parade in der Hauptstadt Dili teil. Unterstützung bekamen sie von Premierminister de Araujo: Er forderte die Bevölkerung auf, eine integrative Nation zu schaffen und Menschen mit unterschiedlichen sexuellen Orientierungen und Geschlechteridentitäten zu akzeptieren. Für die

Aktivist*innen war die Parade ein Meilenstein in ihrem Ringen um Anerkennung. Timor-Leste hat auf der staatlichen Ebene das Recht auf Selbstbestimmung erkämpft, es in allen Facetten auf der gesellschaftlichen Ebene umzusetzen, bleibt ein stetiges Ringen. Asiens jüngste Nation setzt ein Zeichen der Hoffnung für eine Region, in der die Rechte von LGBTIs in vielen Staaten erheblich in Frage gestellt sind.

Abschlussdiskussion: Soziale Medien – ein neues politisches Schlachtfeld

Das Internet wurde lange Zeit als Heilsbringer und Garant für eine Demokratisierung gesehen. Diese Sicht hat sich mittlerweile stark relativiert: Zwar bieten soziale Medien - allem voran Facebook - neue Chancen sozialer und politischer Interaktion, für Demokratie- und Anti-Korruptionskampagnen oder Aufklärung wie #metoo. Gleichzeitig nehmen aber Hassattacken auf Gegner*innen und Gewaltandrohung, eine Verrohung der Sprache und Überwachung bis zur totalen Kontrolle zu – in Asien wie in Europa. Vielerorts ist das Internet der Ort, an dem autoritär ausgerichtete soziale Bewegungen gegen Menschenrechte und Demokratie mobilisieren. In konsolidierten autoritären Regimen ist das Netz oft die Sphäre der staatlichen und sozialen Überwachung, führte Moderator Wolfram Schaffar in die Diskussion ein.



Vor diesem Hintergrund diskutierten Joanna Klabisch (China-Programm, Stiftung Asienhaus), Emmalyn Liwag Kotte (PhilNetz), Praphakorn Wongratanawin (Stiftung Asienhaus) und Nataly Jung-Hwa Han (Korea-Verband) über die Situation in China, den Philippinen, Thailand und Korea. Es wurde deutlich, dass in den meisten Ländern das Internet tatsächlich ein stark umkämpfter Raum ist, der für die Ausbreitung des Neuen Autoritarismus eine zentrale Rolle spielt. In den Ländern lassen sich jedoch auch Beispiele von erfolgreichen progressiven politischen Kampagnen beobachten, in denen soziale Bewegungen Korruption, Menschenrechtsverletzungen und andere Missstände erfolgreich bekämpfen konnten.

Zusammenfassungen von: Monika Schlicher, Katharina Stahlenbrecher, Hendra Paschuk, Ali Al-Nasani, Wolfram Schaffer, Nicola Glass, Franzi Müller, Christina Grein, Raphael Göpel, Theo Rathgeber, Rafael Klabitsch, Nora Sausmikat, Johannes Icking, Timo Duile und Marylou Hardillo.

Fotos: Stefanie Aznan.